Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich ℳ 4,—, vierteljährlich ℳ 12,— frei ins Haus. Kreuzbandsend. monatl. ℳ 6.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 10 ₰, abends 15 ₰.

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 90 ₰, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 90 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 443. Mittwoch, den 24. September 1919. – Abend-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Wirtschaftspolitische Notwendigkeiten

Von Karl Zwing, Jena.

„Die ungeheure wirtschaftliche Krise, in die der Krieg nicht nur Deutschland, sondern auch alle anderen wirtschaftlich entscheidenden Länder Europas gestürzt hat, kann nur überwunden werden, wenn es durch sozialistische Maßnahmen gelingt, alle schaffenden Kräfte zu einmütiger, das Einzelinteresse dem Gesamtwohl unterordnender Tätigkeit zu vereinen."

Einen gewissen Höhepunkt des Weimarer Parteitages bedeutete die Rede des Genossen und damaligen Reichswirtschaftsministers Wissell über sein Wirtschaftsprogramm, der gebundenen Planwirtschaft. Der Parteitag hat sich durch die Annahme der oben zitierten Resolution dieses Programm zu eigen gemacht.

Aber innerhalb des Reichskabinetts fand das Wissellsche Wirtschaftsprogramm keine Zustimmung und Wissell nahm seinen Abschied. Einige Monate sind seitdem vergangen. Man hätte nun sollen annehmen, daß die Reichsregierung während dieser Zeit selbst ein klares, festumrissenes Programm vorgelegt hätte, wie sie sich für die Zukunft die Entwicklung und Gestaltung unseres Wirtschaftslebens eigentlich denkt. In dieser Annahme sind wir aber bitter enttäuscht. Man konnte über das Wissellsche Programm geteilter Meinung sein, aber der deutschen Volkswirtschaft waren damit wenigstens die Wege auf absehbare Zeit gewiesen und sie konnte zur Gesundung und Stabilität kommen.

Heute herrscht das wirtschaftliche Chaos und die sozialistische Orientierung der Wirtschaft ist unsicher. Die Volkswirtschaft der jüngsten Zeit ist weder sozialistisch noch kapitalistisch gerichtet, sondern einfach anarchistisch. Der wirtschaftliche Individualismus herrscht in seinen schlechtesten Formen und so frei und ungebunden, wie er nur je in der vorrevolutionären Zeit geherrscht hat. Allen wirtschaftlichen Regierungsmaßnahmen fehlt die großzügige, in feste bestimmte Bahnen gelenkte Initiative, das programmatische, es ist vielmehr ein fortgesetztes unsicheres Tasten und Experimentieren.

Und bei all' diesen Halbheiten haben dann gewisse dunkle Mächte, die jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme versteckte und offene Hindernisse bereiten, um das wirtschaftliche Chaos zu vergrößern, leichtes Spiel. Ihr letzter Zweck ist, das Wirtschaftsleben und damit die Politik des heutigen Staates zum Zusammenbruch zu bringen, um damit die Unfähigkeit des Sozialismus zur Führung der Gesellschaft zu beweisen. Da ist es an der Zeit, daß die Reichsregierung endlich dem Experiment entsagt und ein

klares Wirtschaftsprogramm

vorlegt, das geeignet ist, eine Gesundung unserer volkswirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen.

Als dringende Notwendigkeit erscheint uns ferner, daß dem Drängen auf Abbau der Zwangsbewirtschaftung keine weitere Folge gegeben wird. Denn die Zustände, die sich im „freien" Lederhandel herausgebildet haben, und durch die teilweise Freigabe des Hafers, die zur Wiedereinführung der Druschprämie für Roggen und dadurch bedingte weitere Verteuerung des Brotes führte, sind derartige, daß sie abschreckend wirken sollten.

Aber die notwendigste Forderung des Tages ist, daß nur das produziert wird, was dem Volke notiut, und nicht solche Produkte, woran am meisten verdient wird. Wir haben alle Ursache, mit den vorhandenen geringen Rohstoffen und der wirtschaftlichen Kraft sparsam umzugehen und sie nicht mit der Produktion leicht entbehrlicher Sachen und Gegenstände zu vergeuden und zu verschleudern. Es werden noch abschreckend viel Waren produziert, die nur der Verschwendung und dem Luxus dienen, woran weder die große Masse des Volkes, noch die deutsche Volkswirtschaft ein Interesse hat. Sie werden nur erzeugt, weil sie für zahlungsfähige Kreise bestimmt sind und weil die Erzeuger ein gutes Geschäft damit machen. Solcher sinn- und planlosen Wirtschaft und Vergeudung von Roh- und Urstoffen muß ein Ende gemacht werden. Die Zeiten der ungebundenen Wirtschaft müssen endlich überwunden werden. Staat und Gesellschaft müssen vielmehr bestimmen, wie und was produziert werden soll. Der Individualismus muß der Gemeinschaft weichen. Wir können uns den Luxus des Individualismus eben nicht mehr leisten.

Einer der kundigsten Thebaner auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, Walter Rathenau, forderte schon zu einer Zeit, als der Krieg noch nicht verloren war, eine Schematisierung und Typisierung der gesamten Produktion, um die höchste Leistung aus der deutschen Wirtschaft herauszuholen. Und die Erschöpfung des Wirtschaftslebens in dem heute tatsächlichen Umfange ließ sich zu der Zeit nur ahnen, aber nicht übersehen. Der nahezu fünfjährige Raubbau an Kraft und Betriebsmitteln, die Abschnürung der Einfuhr, die Verschwendung der vorhandenen Rohstoff-Reserven für die Kriegszwecke zwingen zur Abkehr vom Individualismus und zum Uebergang zur Standard-Produktion. Dadurch ist selbst mit unseren zurzeit vorhandenen beschränkten Mitteln eine gewaltige Erhöhung der Produktion möglich.

Wir sind der Ueberzeugung, daß auch heute noch genügend Produktionsmittel und Produktionskräfte vorhanden sind, um den deutschen Markt zu versorgen. Aber die dazu nötige

Organisation der Wirtschaft

muß endlich in Angriff genommen werden. Ja, es wäre dann nicht ausgeschlossen, daß wir über den eigenen Bedarf hinaus für den Weltmarkt produzieren könnten. Und damit kommen wir zu dem zweiten großen, nicht minder dringlichen Problem der Neuorganisierung des Exports.

Der Weltmarkt braucht deutsche Arbeit und deutsche Arbeitserzeugnisse und ist nur gegen diese bereit, in Güteraustausch mit uns zu treten. Es ist übrigens das einzigste Mittel, unsere so tief gesunkene Valuta zu heben und die deutsche Mark im Auslande wieder zur Geltung zu bringen. Deutsche Papiergeldzahlung lehnt der Weltmarkt ab, ihm können nur industrielle Erzeugnisse helfen. Einen schönen Beweis, daß das Vertrauen zur Unverwüstlichkeit der deutschen Volkswirtschaft im Auslande noch vorhanden ist, liefert zurzeit wieder die Leipziger Messe, die bereits wieder von 315 ausländischen Firmen beschickt ist. Untergraben wir dieses Vertrauen nicht, sondern suchen wir dieses Vertrauen zu festigen und auszuweiten.

Möglich ist dies nur, wenn wir jeglichem Individualismus in der Volkswirtschaft entsagen und den Notwendigkeiten unserer Epoche in vollstem Maße Rechnung tragen. Es ist dies nicht nur eine

Lebens- und Schicksalsfrage

des deutschen Volkes wie des Proletariats, sondern auch der Sozialdemokratischen Partei. Es geht nicht allein um unser Dasein als Wirtschaftsvolk und Wirtschaftsstaat, sondern um Sein oder Nichtsein der Idee des Sozialismus. Bricht Deutschlands Wirtschaft zusammen, so bedeutet dies auch eine Niederlage des Sozialismus. Wir sind aber heute die Berufenen, den Sozialismus in die Tat umzusetzen, und tragen vor der Geschichte die Verantwortung, zu beweisen, daß die sozialistische Produktions- und Wirtschaftsweise der individualistisch-kapitalistischen überlegen ist. Dazu gehört aber ein klares, unzweideutiges Wirtschaftsprogramm, getragen von einer großzügigen gemeinwirtschaftlichen Initiative. Mögen unsere sozialistischen Minister dies einsehen und danach handeln.

Wie das Volk bei Kriegsausbruch belogen wurde.

In der „Wiener Arbeiterzeitung" lesen wir im Anschluß an die Veröffentlichung des Geheimprotokolls über die entscheidende Kabinettssitzung vom 7. Juli 1914 folgendes:

„Das Fürchterlichste an diesem mit kalten Blut, mit einem geradezu grotesken Gleichmut beschlossenen Weltkrieg ist wohl, daß fünf Menschen ihn in geheimer Beratung beschließen konnten und die Welt keine Ahnung hatte, was da an Entsetzlichem vorbereitet ward! Ueber diese Konferenz, die die Weltkatastrophe zur Folge hatte, ist damals folgendes „Kommunique" ausgegeben worden:

„Der heutige Ministerrat ist einberufen, um sich mit der Verordnung von Maßnahmen zu beschäftigen, welche in der inneren Verwaltung Bosniens und der Herzegowina zu ergreifen sein werden. Gleichzeitig hat der Ministerrat diese Gelegenheit zu Vorbesprechungen allgemeiner Natur (!) über das nächstjährige gemeinsame Budget benutzt, zu welchen auch der Chef des Generalstabes (!) und der Vertreter des Marinekommandanten behufs Aufklärung über einige technische Fragen zugezogen wurden."

So hat man das Volk belogen, mit diesen schändlichen Lügen hat der Weltkrieg angefangen! Wie sagte doch heute im Wiener Gemeinderat Bürgermeister Neumann: „Die Hand ist aber zum Schwur erhoben, niemals wieder eine Zeit kommen zu lassen, in der einige wenige Herrscher so grauenvolles Unglück über ein Volk heraufbeschwören können!" Diese Worte möge sich jeder einprägen, der das entsetzliche Elend von heute sieht und erfährt, wer es auf dem Gewissen hat, die Toten und die Krüppel des Weltkrieges, die furchtbare Not auch, die uns nun alle umfängt!"

Wir haben diesem Kommentar nichts anderes hinzuzufügen, als die Versicherung, daß das deutsche Proletariat in alter Treue zu den österreichischen Arbeitsbrüdern im Kampfe um eine bessere Zukunft stehen wird.

Politische Nachrichten.

Englands innere Krise.

Kabinetts-Umbildung? — Versöhnung mit Irland?

Die englische Presse erörtert die Frage der Umgestaltung der Regierung. Man möchte gerne die Arbeiterpartei wieder in die Regierung einbeziehen, aber die Mehrheit des Unterhauses will von der Verständigung nichts wissen, die die Grundforderung der Arbeiterpartei ist. Wenn jedoch weitere Ersatzwahlen im Sinne der letzten ausfallen, also Siege der Arbeiterpartei ergeben, dann dürfte sich die Lage entscheidend ändern. — Man rechnet bestimmt mit dem baldigen Rücktritt Lloyd Georges, dem Robert Cecil folgen soll, der mehrfach schon seit dem Kriegsende als Befürworter einer Politik der Mäßigung gegenüber Deutschland aufgetreten ist. Cecil würde eine Koalitionsregierung aus allen Parteien bilden müssen, da voraussichtlich keine der großen Parteien bei Neuwahlen die absolute Mehrheit erreicht.

•

Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" scheint die englische Regierung gegenüber Irland statt der bisherigen Gewaltpolitik eine Versöhnungspolitik einleiten zu wollen. An den bevorstehenden Verhandlungen werde der Unterstaatssekretär für Irland, Mac Pherson, der für die Gewaltpolitik eingetreten ist, nicht teilnehmen und man spreche von seinem Rücktritt.

Konstituierung der Freien und Hansestadt Danzig.

Wie die „Deutsche Allg. Zeitung" mitteilt, hat der Danziger Oberbürgermeister Sahm einen Verfassungsentwurf für Danzig ausgearbeitet, dem folgendes zu entnehmen ist, was eine ziemlich enge Anlehnung an das Muster der hamburgischen Verfassung erkennen läßt:

Die Stadt Danzig und das mit ihr verbundene Gebiet bilden unter der Benennung Freie und Hansestadt Danzig einen Freistaat. Die Staatsgewalt steht dem Senat und der Bürgerschaft gemeinsam zu. Die Amtssprache ist Deutsch. Ueber die Zusammensetzung des Senats wird bestimmt: Der Senat besteht aus dem Präsidenten und 24 Senatoren; davon werden zwölf im Hauptamte auf je zwölf Jahre, zwölf Senatoren im Nebenamte auf sechs Jahre gewählt. Die auf zwölf Jahre gewählten Senatoren müssen eine fachwissenschaftliche Bildung haben. Die Mitglieder des Senats werden durch die Bürgerschaft gewählt. Wählbar zum Senatsmitglied ist, wer das 30. Lebensjahr vollendet hat. Der Senat ist die oberste Landesbehörde. Die Bürgerschaft besteht aus 72 Mitgliedern, sie werden in allgemeiner, unmittelbarer gleicher und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Wahl erfolgt auf vier Jahre. Die Mitglieder der Bürgerschaft vertreten die Gesamtheit aller Staatsangehörigen. Sie sind von keinerlei Weisung abhängig, haben vielmehr nur ihrer Ueberzeugung zu folgen. Ueber die Gesetzgebung wird gesagt, daß ein Gesetz durch übereinstimmenden Beschluß des Senats und der Bürgerschaft zustande kommt. Ein Gesetz ist insbesondere erforderlich für jede Aenderung der Verfassung, die Festsetzung von Steuern und Abgaben, die jährliche Festsetzung des Staatshaushaltsplanes, den Abschluß von Verträgen mit anderen Staaten, für die Aufnahme von Anleihen, die Veränderung der Grenzen der Kommunalverbände, den Erlaß einer Amnestie. Zu einer Verfassungsänderung sind zwei mindestens einen Monat auseinanderliegende Lesungen in der Bürgerschaft und eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

In einem dringenden Telegramm an den Obersten Rat in Paris hat der Wirtschaftsausschuß von Danzig um rasche Entscheidung über das künftige Schicksal Danzigs, um dem jetzigen gesetzlosen Zustand ein Ende zu machen, ersucht.

Die sächsischen Unabhängigen auf dem Wege zur Vernunft?

Das „Leipziger Tageblatt" behauptet, daß in Sachsen eine gemeinsame Regierung von Sozialdemokraten und Unabhängigen zustande kommen werde. Nach dieser Meldung sollten die Mehrheitler alle ihre Minister bis auf Schwarz opfern, wogegen die U. S. P. auf die Diktatur des Proletariats und auf die Entfernung der Bürgerlichen aus allen bedeutenden Beamtenstellen verzichtet. Der Belagerungszustand soll aufgehoben werden.

Wenn diese Meldung des bürgerlichen Blattes zuträfe, würde das außerordentlich zu begrüßen sein. Unsere Partei hat noch nie Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ihr die Sache über den Personen steht. Die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ist bisher stets nur darum gescheitert, daß die Unabhängigen sich nicht auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen wollten und die demokratischen Grundsätze nicht mehr anerkannten. Sobald sie von diesem Irrwege zurückkehren zur Vernunft, ist die Möglichkeit der Einigung gekommen. Geht Sachsen auf diesem Wege wirklich voran, so wird die Arbeiterbewegung im ganzen Reiche dem guten Beispiel folgen. Einstweilen bleibt allerdings erst abzuwarten, ob unsere sächsische Parteipresse die Meldung des „Leipziger Tageblatt" bestätigt.

„Umsturzgefahr in Polen."

Unter dieser Ueberschrift teilt der „Vorwärts" mit, daß die kommunistische Bewegung in den Reihen der polnischen Arbeiter Kongreß-Polens von Tag zu Tag zunehme. Wie weit russische Einflüsse dabei im Spiele sind, möge dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß die polnischen Führer der kommunistischen Bewegung vor kurzem erst aus dem Leninschen Rußland zurückgekehrt sind. Es wird bestimmt damit gerechnet, daß im November die Arbeit der Agitatoren in organisierten Putschen ihre Auswirkung finden wird. Die Warschauer Regierung glaubt, ihrer Armee sicher zu sein. Diese Hoffnung kann allerdings leicht eine trügerische werden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" äußert sich über die Verhältnisse im Osten dahin, daß ohne Verständigung und Wiederanbahnung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen uns und den Polen, die aufeinander angewiesen sind, die Abwicklung und der Uebergang unter die neue Herrschaftsform kaum denkbar ist. Diese Erkenntnis bricht sich auch in Polen offenbar immer mehr Bahn. Schon mit Rücksicht auf unsere Landsleute in den östlichen Gebieten, auf den Schutz der deutschen Minderheiten, auf die vielen Ansiedler mit wohlerworbenen Rechten und auf die zahlreichen deutschen Beamten, die übernommen werden sollten, wird Deutschland die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Polen begrüßen.

Vom französischen Militarismus im „befreiten" Gebiet.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo".)

Die französische Militärbehörde im Saargebiet bedroht die Familien derjenigen jungen Leute, die in die deutsche Armee eintreten, damit, daß sie nicht mehr auf das Wohlwollen der Behörden zu rechnen hätten. — Gleichzeitig werde schwere Strafe denjenigen angekündigt, die den Werbungen für die französische Fremdenlegion Hindernisse bereiten. Sehr merkwürdig ist folgende Tatsache: Vor einiger Zeit hatte der „Vorwärts" eine Depesche abgedruckt, wonach die beabsichtigte Einberufung der beiden jüngsten Jahrgänge in Elsaß-Lothringen zum französischen Heere eine große Erbitterung hervorrufe und aus verschiedenen Orten gedroht werde, dieser Einberufung nicht zu folgen. Diese Meldung ist in der schweizerischen und französischen Presse so erschienen, daß in Deutschland die beiden jüngsten Jahrgänge einberufen werden. — Offenbar handelt es sich dabei um einen Schwindel, um die französische Furcht vor Deutschland neu anzufachen.

Auf dem französischen Sozialisten kongreß hat Grumbach darauf aufmerksam gemacht, daß die beschlagnahmten deutschen Besitztümer in Elsaß-Lothringen von den französischen Liquidatoren zu Spottpreisen an das französische Privatkapital verschleudert werden, statt daß man diese Besitztümer dem elsässischen Volke übergebe. — Grumbach berichtete auch über die stürmische Protestkundgebung gegen die Einberufung der jüngsten Jahrgänge, über ihre Unterdrückung durch das Militär und über den heillosen Wirrwarr in der Verwaltung. — Die französische Eisenbahnverwaltung in Straßburg hat für den dienstlichen Verkehr mit dem Publikum in den Wartesälen und auf den Bahnsteigen die französische Sprache vorgeschrieben.

Kleine politische Nachrichten.

Die „Deutsche Allgemeine" meldet aus München, daß die Kabinettssitzung, die über die Bestätigung des Urteils im Geiselmordprozeß zu entscheiden hatte, auf Wunsch des Ministerpräsidenten Hoffmann verschoben worden war bis zu seinem Eintreffen in München. Er hat also an dieser Sitzung teilgenommen.

Die Republik Birkenfeld ist von den Franzosen anerkannt worden und alle deutschen Beamten, die ihre Stellen nicht wieder einnehmen, werden mit dem Kriegsgericht bedroht. — Eine oldenburgische Regierung gibt es also in Birkenfeld nicht mehr.

Ein Wiener Blatt teilt mit, daß in Wien ein Werbebureau für die deutsche Reichswehr bestehe und veröffentlicht eine Liste von 101 Personen zwischen 17—21 Jahren, die mit einem Handgeld von ℳ 600 angeworben worden seien.

Dem „Vorwärts" wird aus Kopenhagen telegraphiert, wie „Politiken" aus Helsingfors erfährt, hat die Sowjetregierung der Ukraine ein Friedensangebot gemacht. Die bolschewistische Regierung ist bereit, die Selbständigkeit und Neutralität der Ukraine anzuerkennen.

Nach einem Bericht der „Times" aus Tokio ist man in Japan beunruhigt darüber, daß die Amerikaner auf Kamtschatka eine drahtlose Station errichten wollen.

Unsere Kriegsgefangenen in Frankreich.

In voriger Woche brachten wir einen Bericht des Majors Draudt, den dieser nach seinen Besuchen in englischen und französischen Gefangenenlagern einem Vertreter des W. T. B. zur Veröffentlichung übergab. Es ist ja selbstverständlich, daß bei solchen Besuchen die Lager stets „frisiert" werden, um einen

Die Reaktion geht um.

Der Universitätssyndikus läßt das Programm der sozialistischen Studentengruppe vom schwarzen Brett entfernen.

Es geht uns folgende Darstellung zu:

An der hamburgischen Universität schlossen sich im April d. J. die sozialistischen Studenten aller Parteirichtungen zu dem „Bunde sozialistischer Studenten Hamburgs" zusammen, der folgendes Programm aufstellte:

1. Der Bund sozialistischer Studenten ist eine revolutionäre Kampftruppe, geeinigt durch den unbedingten Willen zum Sozialismus.
2. Das Bekenntnis zur radikalen Beseitigung jeglicher Ausbeutung durch Verwirklichung des sozialistischen Gemeinwesens, nicht aber das Bekenntnis zu einer bestimmten Durchführungsform ist für uns maßgebend.
3. Da wir nicht erst innerhalb des Bundes die Mitglieder zu wahren Sozialisten erziehen, sondern nach außen sozialistische Gedanken verbreiten wollen, muß jedes Mitglied Sozialist sein.
4. Als studentische sozialistische Partei sieht der Bund seine Hauptaufgabe in der Revolutionierung der Hochschule und in der engsten Zusammenarbeit mit der proletarischen Jugend.
5. Die Mitglieder, die auf gemeinsamem Boden stehen oder sich in gemeinsame Arbeitsgebiete vertiefen wollen, bilden gemeinsame Gruppen.

Da es uns nicht auf Zahl, sondern Gesinnung ankommt, müssen diejenigen, die eintreten wollen, so lange als Gäste bei uns gewesen sein, bis wir sie genügend kennen gelernt haben. — Zur endgültigen Aufnahme ist Einstimmigkeit der Mitglieder erforderlich.

Bund sozialistischer Studenten, Hamburg.

Dieses Programm, das am schwarzen Brett des Bundes sozialistischer Studenten im Wandelgang der Universität angeschlagen war, erregte nun das Mißfallen von Angehörigen des Lehrkörpers, und zwar besonders die Worte „revolutionäre Kampftruppe" und „Revolutionierung der Hochschule".

Der Universitätssyndikus forderte Anfang September in Verfolg eines Beschlusses des Professorensenates den Bund sozialistischer Studenten auf, das Programm zu ändern, respektive die oben angeführten mißliebigen Worte auszumerzen. Dieses Ansinnen wurde vom Bund sozialistischer Studenten abgelehnt mit der Begründung, daß er in den Worten „revolutionäre Kampftruppe" und „Revolutionierung der Hochschule" den Ausdruck seines Wesens und seiner Aufgabe erblicke. — Daraufhin ließ der Universitätssenat am 19. September gewalt am den Anschlag vom schwarzen Brett des Bundes entfernen.

Wir müssen gestehen, daß wir dies Vorgehen der Universitätsbehörde gegen die sozialistische Studentengruppe in Form und Sache nicht verstehen und auf das schärfste verurteilen. Das Verfahren der Behörde ist um so entschiedener zurückzuweisen, als es sich offenbar gegen die sozialistischen Studenten richtet und richten soll. Den antisemitischen Studenten hat man zum Beispiel Anschläge durchgehen lassen, in denen unverblümt sogar zum Boykott jüdischer Dozenten aufgefordert wurde. Das Vorgehen der Universitätsbehörde gegen den sozialistischen Anschlag ist also ganz zweifellos von widerwärtigstem, reaktionärem Geist diktiert, der in Hamburg unter keinen Umständen zu dulden ist. Hat die Universität nicht selbst so viel Einsicht, derartigem Unfug zu steuern, so muß die Bürgerschaft einmal entschlossen darangehen, den Herren Professoren die reaktionären Zöpfe abschneiden. Und zwar ist es höchste Zeit dazu.

Wenn an der Universität Hamburg nicht mehr die freie Meinung und das freie Wort gelten sollen, wo soll es dann eine Stätte finden? Lieber schlagen wir die ganze Universität wieder zusammen, als daß wir einen derartig widerlich reaktionären Geist dort aufkommen lassen.

Vom Kapitalismus in unserer Bildung.

Wir häuften Besitz — und vergaßen den Menschen. Wir drängten mehr denn je nach Gold — und verloren den Bruder, den Sozius. Wir häuften Sache um Sache — und all unser Tun und Treiben wurde seelenlos. Wir hingen uns allüberall an Aeußerlichkeiten — und fanden, ja suchten den Weg nicht zu uns selbst.

In unserem Bildungsleben, an unseren Bildungsstätten herrschte dieser Ungeist nicht minder. Stoff und abermals Stoff sah man, und nicht den Jungen und das Mädel. Ein grausamer Kapitalismus lag auf unseren Kindern, und wir haben es geliten. Bildung war Sache; je mehr Sachen, desto größer die Bildung!

Man horche nur einmal in unsere Sprache hinein, und man findet schon eine Bestätigung. Der hat Volksschulbildung, jener hat Gymnasialbildung, und der dritte hat Universitätsbildung; und nach diesem verschiedenen Besitz schieden sich die Menschen. Ein jeder von uns spricht diesen Satz aus: „Wir haben Kultur", ohne den grauenvollen Unsinn zu merken. Das Wort „Bildung" bezeichnet ursprünglich keine Sache, sondern Werdetum, Entwicklung, keine Form, sondern Formung, kein Bild, sondern Bildung. Bildung drückt darum etwas Seiendes aus. Bildung ist oder ist nicht, und ebenso: Kultur ist oder ist nicht. Bildung ist Zustand des Menschen selber, und ebenso Kultur. Bildung ist kein Besitz; der wahrhaft Gebildete kein Kapitalist im Stoff.

Stoff ist der Niederschlag von Erlebnissen und Forschungen anderer Menschen. Wie gut meinte es jeder Schulmeister mit der heranwachsenden Jugend, wenn er sie mit dem Stoff, mit den Erfahrungen der verflossenen Generationen bekanntmachen wollte. Wie wenig aber wußte er von dem Wachstum des geistigen Menschen. Wie groß waren die Bemühungen, um diese unendlich vielen Sachen an den Mann zu bringen. Der Kulturgut- und Bildungsgutspeicher war ja turmhoch geworden.

Wer einmal die verschiedenen Lehrpläne all unserer Volks- und höheren Schulen der verschiedenen Jahrzehnte im neunzehnten Jahrhundert miteinander vergleicht, der ist erschreckt ob der sich dauernd mehrenden Fülle unseres Stoffes. Jenes Wort ist mehr als ein Scherzwort: „Wie gut, daß ich Schüler war, bevor der Weltkrieg und die Revolution kam; da brauche ich die vielen Daten nicht mehr zu lernen."

Wir waren in eine Wissensschule hineingeraten, waren zu einer dermaßen großen Bewunderung des Wissens gekommen (Wissen sollte sogar Macht sein), daß man unser damaliges Bildungsmaterial noch unserer mittelalterlichen Scholastik zurechnen könnte.

Das Wissen um anderer Leute Erfahrungen macht durchaus nicht erfahren. Unsere alte Schule — sei es unsere Volksschule, unsere höhere Schule oder unsere Universität — übersah diese Binsenwahrheit. Sie betete diesen Kapitalismus an und sah nicht, daß sie jeden ihrer guten Schüler enteignete.

Was ging den Schulmeister das Eigenleben seines Schülers an. Er sah ja gar nicht das Kind, die Jugend, er sah ja nur den Stoff. Nur Formen vermittelte er, nur Formelkram und keine Formung. Er selbst war nur ein Formelkrämer. Stoff aber, den ich für die Gestaltung meines eigenen geistigen Lebens nicht gebrauche, dessen ich nicht bedarf, ist immer tot — trotz aller schulmeisterlichen oder gar künstlerischen Wiederbelebungsversuche. Die Jugend will nicht Wissen um des Wissens willen. Ihr ist Wissen nur die Spur eigener geistiger Arbeit oder Baustein bei eigener Gestaltung.

Gibt es eine sozialistische Schule? Dann ist hier nur Wende und Weg. Sozialismus ist Wegweiser zu neuem Menschentum. Daß diese neue Weltanschauung unsere Schule erobern wird, ist sicher. Mit dem alten Bildungskapitalismus müssen wir zuerst aufräumen.

Gleiche Bildungsmöglichkeit allen Tüchtigen, ja, jede Bildungsmöglichkeit jeder Art von Begabung ist uns selbstverständliche Forderung. Doch wenn der Sozialist nur das eine wollte, daß seinen Kindern jede Schule offen stände, so hieße das nur, nach den Geldsäcken und Luxusmöbeln reicher Leute schielen. Will er das Menschentum seiner Kinder gewahrt wissen, so muß er unsere ganze Schule revolutionieren. Wenn unsere Volkshochschulkurse nicht den Keim in sich tragen, unser ganzes Universitätsleben umzugestalten, so haben sie ihr Recht auf Dasein verwirkt. Herrscht auch dort der Stoff und nicht der Mensch, dann ade du neuer Geist! Dann wären wir wieder bei den Arbeiterbildungskursen der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, die schon Lassalle so lebhaft bekämpfte. Sozialismus als Unterrichtsstoff fördert nicht den Sozialismus, sondern verbürgerlicht den Menschen.

Adolf Röhl.

Theater und Musik.

Thalia-Theater.

Richard Skowronnek, der Dichter, dessen Namen Aeonen Weltgeschehens nicht werden aus der Literaturgeschichte wegwischen können, der leben wird, wenn schon längst Goethe, Shakespeare, Homer und andere belletristische Eintagsfliegen selbst in der Schule nicht mehr gelernt werden, hat einen sehr netten Einfall gehabt. Er hat darüber nachgedacht, wieviel leere Redensarten, abgestandene Kaffeekränzchenscherze und seichte Fabulierereien auf einen Hümpel zusammengetragen man wohl einem braven, ordentlichen, von Weltkrieg und Revolution, Politik und Valutastand unberührten Theaterpublikum zumuten könne, ehe es auf dem Hausschlüssel pfiffe oder mit faulen Aepfeln werfe. Sei es nun, daß man des angekündigten frühen Theaterschlusses wegen keinen Hausschlüssel bei sich führte und die Aepfel des teuren Preises wegen gar nicht erst faulen läßt, um sie bei unerhörten Zumutungen zum Werfen zur Hand zu haben: es wurde nicht gepfiffen und nicht geworfen. Es wurde im Gegenteil kräftig Beifall geklatscht. Ganz famos saßen die netten ordentlichen Leute dem verschlagenen Dichter auf. Eine Unsumme von Blödsinn nahmen sie ihm ohne Wimperzucken und in heiterster Laune ab und merkten nicht, wie er sie frozzeln wollte, sahen die Ironie seiner Verbeugungen nicht und sahen nicht einmal, wie er heftig den Blumendank ablehnte, mit dem man den Schmarrn preisen wollte, den er dem Publiko vorsetzte.

Nun freilich war die Sache geschickt gemacht. Kommerzienräte mit vielen Millionen, Selfmademans mit sogar 200 Millionen, liebestolle alte Jungfern, hochherrschaftliche Kammerdiener, flirtende Bankiersgattinnen und Assessoren, liebliche Backfische und alle dergleichen seit Alters vor reichgewordenen Bäckermeistersgattinnen bewährte Requisiten guter solider Lustspiele wirbelten nur so umher und wurden unter Haases belebender Regie von Bozenhardt, der reizenden Lotte Klinder, Philine Tormin, Haase,